

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 7 · 7. September 2007 · www.cducsu.eu

UiE-Newsletter

Ministerpräsident Koch in Brüssel



Der hessische Ministerpräsident Roland Koch traf zum Auftakt seines Brüssel-Besuches die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im

Europäischen Parlament zu einem Meinungsaustausch. Koch betonte dabei die Wichtigkeit der europäischen Entscheidungsebene und unter-

strich die dazu nötigen Kontakte in das EP und zur Kommission. Die CDU/CSU-Abgeordneten erörterten mit dem Ministerpräsidenten Möglich-

keiten, die politische Koordinierung der europäischen Ebene mit den Bundesländern noch weiter zu verbessern.

EU-Zusammenarbeit bei Terrorbekämpfung verbessern

Nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern effiziente Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung auf EU-Ebene fordert der innenpolitische Sprecher der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber (CSU). In einer Plenardebatte zu Terrorismusbekämpfung in Europa unterstützte Weber Initiativen der Kommission zur Einführung eines europäischen Passagierdaten-Systems mit klaren Datenschutzstandards und strafrechtlichen Mindeststandards bei der Verherrlichung von Terror. Unter dem Eindruck der erfolgreich vereitelten Terroranschläge von Frankfurt und Ramstein kritisierte er das unkoordinierte Vorgehen insbesondere des Europäischen Rates: „Beschlossen wurde wahrlich viel, aber es herrscht

Stillstand und Lähmung.“ So habe man sich im Rat auf eine gemeinsame Definition von Terrorismus geeinigt und eine Sondergruppe eingerichtet. Bei Europol besteht eine Task Force und es gibt offensichtlich regelmäßige Treffen der Geheimdienstchefs.

„Der Rat redet und beschließt. Alles hinter verschlossenen Türen. Und alle machen weiter wie bisher nach dem Motto ‘Es wird schon nichts passieren’“, kritisierte Weber die mangelnde Abstimmung der europäischen Staaten bei Informations- und Datenaustausch. „Dazu wird seit sechs Monaten die vakante Stelle des EU-Koordinators zur Terrorabwehr nicht besetzt, nachdem der bisherige Koordinator Gijs de Vries entnervt aufgegeben hat.“

HERBERT REUL:

Zwangsregulierung im Energiesektor ist der falsche Weg

Die Pläne der EU-Kommission, bereits Mitte September einen Gesetzesentwurf zur obligatorischen Trennung von Netz und Produktion im europäischen Energiesektor vorzulegen, stößt auf Widerstand im Europäischen Parlament. „Die von den Kommissaren Kroes und Piebalgs angestrebte Abtrennung der Leitungsnetze von den Energieversorgern würde einen erheblichen Eingriff in bestehende Eigentumsrechte darstellen. Sie würde außerdem zu neuer Bürokratie führen, da die Kommission zur Kontrolle der Netze und der Preisaufsicht die Einrichtung einer neuen EU-Agentur plant. Dies wird nicht nur zu erheblichem



Herbert Reul MdEP

Widerstand in den Mitgliedstaaten, sondern auch im Europäischen Parlament führen“, erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe, Herbert Reul.

Der CDU-Europaabgeordnete erneuerte seine Kritik am starren Vorgehen der Kommission in dieser besonders sensiblen Frage. So hätten weder die Wettbewerbskommissarin noch der Energiekommissar bisher einen stichhaltigen Nachweis erbracht, dass eine Trennung ('Unbundling') von Energieerzeugern und Netzbetreibern tatsächlich für mehr Wettbewerb auf dem bereits liberalisierten EU-Energiesektor bei gleichzeitiger Wahrung der Versorgungssicherheit sorgen würde. „Die bisherigen Begründungsversuche reichen für eine von der Kommission jetzt ganz offen angestrebte Zwangsregulierung jedenfalls nicht aus“, betonte Reul.

Die Kommission wisse zudem, dass eine solche Zwangsregulierung zunächst jahrelange Verfahren vor dem EuGH nach sich ziehen würde, weil sowohl betroffene Mitgliedstaaten wie Deutschland und Frankreich als auch die Unternehmen selbst den Klageweg beschreiten werden. „Damit wären nicht nur niedrigere Energiepreise, sondern auch dringend notwendige Investitionen vor allem in die grenzüberschreitenden Netze auf Jahre blockiert. Die Kommission würde der angestrebten Wettbewerbsbelebung mit einer Initiative in dieser Form nur einen Bärendienst erweisen“, so der EVP-Energiepolitiker abschließend.

ANDREAS SCHWAB:

Richtige Prioritäten bei der Produktsicherheit setzen Importspielzeug besser kontrollieren

Vor dem Hintergrund zunehmender Qualitätsmängel bei Konsumgütern hat der stellvertretende EVP-ED-Koordinator im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments, Andreas Schwab, davor gewarnt, falsche Prioritäten zu setzen. So sei es zwar grundsätzlich richtig, dass beispielsweise das EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Güter, RAPEX, einen rasanten Anstieg von 514 Warmmeldungen im Jahre 2006 auf bereits 770 Meldungen im laufenden Jahr zu verzeichnen habe. „Dieser Anstieg ist in der Tat besorgniserregend. Es reicht aber nicht aus, wenn jetzt Politik und Verbraucherverbände lediglich nach einem Boykott beanstandeter Hersteller vor allem aus Asien rufen. Denn



Andreas Schwab MdEP

allein dadurch wird das Problem nicht gelöst“, erklärte Schwab in Brüssel.

Der CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg sprach sich vielmehr für ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Erhöhung der Produktsicherheit, insbesondere bei Importwaren in die

EU, aus. Dazu müsse neben einer besseren Vernetzung der Kontrollen von Gewerbeaufsichtsämtern, Zollbehörden und Verbraucherschutzzeineinrichtungen auch eine klarere Kennzeichnung der Produkte gehören. „Angesichts der anstehenden Beratungen zum Verbraucherschutz auf EU-Ebene ('new approach') müssen wir zu einer besseren Verständlichkeit der unterschiedlichen nationalen und europäischen Qualitätssiegel kommen. Der Vorschlag der Kommission, alle nationalen Kennzeichnungen zugunsten der CE-Kennzeichnung abzuschaffen, reicht so allerdings nicht aus. Denn die CE-Kennzeichnung stellt entgegen weitläufiger Annahme bisher kein Qualitätssiegel, sondern lediglich ein Warenkennzeichen dar“, betonte Schwab.

Ziel müsse es zudem sein, so der EVP-Binnenmarktpolitiker weiter, vor allem Markenherstellern die Möglichkeit zu geben, sich durch die Schaffung zusätzlicher Qualitätskennzeichen stärker von Billiganbietern abzusetzen: „Dabei darf aber kein neuer Bürokratie-Moloch geschaffen werden, sondern dies sollte auf freiwilliger Basis geschehen“. Schwab sprach sich aber auch für einen Mentalitätswandel auf Verbraucherseite aus. „Mittelfristig sollten sich die Konsumenten die Frage stellen, ob Qualität und Gesundheitsschutz nicht wichtiger sind als 'Geiz ist geil'. Das kann aber die Politik nicht von oben verordnen, schon gar nicht von Europa aus“.

WERNER LANGEN:

EU-Regulierung für Hedge Fonds: Kommission darf nicht länger untätig bleiben

„Dringenden Bedarf“ sieht der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen, für eine EU-Rahmenregelung bei hochspekulativen Finanzinstrumenten, darunter insbesondere den so genannten „Hedge Fonds“. So habe die jüngste Krise der globalen Finanzsysteme gezeigt, dass diese Fonds besonders massiv in Risikoanleihen investiert hatten.

„Das wirkliche Ausmaß dieser Risiken und die Frage, inwieweit diese überhaupt durch einen realen Gegenwert unterlegt sind, ist noch nicht absehbar. Dies ist zu einem erheblichen Teil auf Finanzanlagen in Hedge Fonds zurückzuführen,



Werner Langen MdEP

die keinen Kontrollmechanismen oder Mindeststandards unterliegen“, erklärte Langen in Brüssel.

Die wachsende Verunsicherung an den europäischen Finanzmärkten zeige jedoch deutlich, dass auf diesem Gebiet erheblicher Handlungsbedarf bestehe. Das Europäische Parlament dränge den zuständigen Kommissar Charlie McCreevy des-

halb bereits seit geraumer Zeit, endlich aktiv zu werden. Der Kommissar, der offensichtlich unter dem Druck der britischen und irischen Finanzbranche stehe, weigere sich jedoch bisher, entsprechende Initiativen zu entwickeln. „Zufälligerweise sind gerade diese beiden Mitgliedstaaten Hauptsitz der meisten in der EU tätigen Hedge Fonds. Sollten jedoch tatsächlich die ersten Banken zusammenbrechen und Privatanleger in großem Stil Geld verlieren, wird die Untätigkeit der Kommission Europa als Ganzem angelastet werden“, warnte Langen.

Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt deshalb ausdrücklich einen von den beiden EVP-Koordinatoren im Rechts- und im Wirtschaftsausschuss, Klaus Heiner Lehne (CDU) und Alexander Radwan (CSU), eingebrachten Antrag für zwei Initiativberichte zu diesem Thema. Diese sollen sich mit der Schaffung von mehr Transparenz und den Auswirkungen der Aktivitäten institutioneller Anleger, darunter insbesondere derjenigen von Hedge Fonds, auf die Finanzmärkte befassen. „Das Europäische Parlament wird den Druck auf die Kommission weiter erhöhen, um schnellstmöglich zu einer vernünftigen gesetzlichen Rahmenregelung für die Finanzmärkte zu kommen“, betonte Langen abschließend.

■ Teilung des Kosovo brandgefährlich für den Balkan

Als „brandgefährlich für den ganzen Balkan“ hat der außenpolitische Sprecher der CSU im Europäischen Parlament, **Bernd Posselt**, Überlegungen zu einer Teilung des Kosovo bezeichnet. Die von der UNO verwaltete Provinz sei zu 90 Prozent von Albanern bewohnt „und es ist nicht zu rechtfertigen, den nördlichen Teil des Landes, in dem knapp die Hälfte der Kosovo-Serben – etwa drei Prozent der Gesamtbevölkerung – lebt, abzutrennen, bloß weil es dort erhebliche Rohstoffvorkommen gibt, auf die Belgrad ein Auge geworfen hat“.

■ EP für EU-Milchmarktreform

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat sich mit großer Mehrheit für das so genannte „Mini-Milch-Paket“ ausgesprochen. Dieses sieht im Rahmen von drei Verordnungen Reformen bei Trockenmilch, Milch und Milcherzeugnissen sowie Konsummilch in der Europäischen Union vor. So schlägt die Kommission unter anderem einen Mindesteweißgehalt von 34 Prozent für Trockenmilch und eingedickte Milch vor. „Durch diese Standardisierung wird es den europäischen Herstellern ermöglicht, mit Erzeugern aus Drittstaaten besser konkurrieren zu können“, erklärte die zuständige Parlamentsberichterstatteerin **Elisabeth Jeggle** (CDU) in Straßburg.

■ Pöttering beim „Tag der Heimat“

Der Präsident des Europäischen Parlaments, **Hans-Gert Pöttering** hat beim „Tag der Heimat 2007“ die Bereitschaft zum Verzicht der Heimatvertriebenen auf Ausgleichsforderung begrüßt. Zugleich appellierte er an alle Verantwortlichen, den Geist einer europäischen Versöhnung und Einigung zu ermöglichen.

Pöttering sagte: „Erinnerung, Vergebung und Versöhnung gehören zusammen. Wir müssen in Europa lernen zuzuhören und zu verstehen. Erst dann können wir Kompromisse schließen und gemeinsam handeln.“

Pöttering erklärte, das Recht des Einzelnen auf Heimat sei ein Grundrecht, das weltweit noch nicht genügend Schutz finde. Gleichzeitig würdigte er den Anteil der deutschen Heimatvertriebenen an der Schaffung eines friedlichen und geeinten Europas.

EU-Verkehrspolitik: Über Gigaliner nur national entscheiden

Lastkraftwagen mit Überlänge und einem Gewicht von bis zu 60 Tonnen („Gigaliner“) sollen nicht in die EU-Verkehrspolitik integriert werden. Das forderte das Europäische Parlament in Straßburg. „Über den Einsatz der Riesenlaster kann je nach Bedarf national entschieden werden. Die Infrastruktur der Transeuropäischen Netze ist dafür aber nicht geeignet“, sagte der Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Markus Ferber.

Einem grenzüberschreitenden oder gar EU-weiten Einsatz steht die bestehende Infrastruktur im Wege. „Das höhere Gewicht und die größeren Kurvenradien der Gigaliner würden Kosten in Milliardenhöhe zur Folge haben. Viele Brücken müssten verstärkt oder Tunneln umgebaut werden. Das würde das Budget der Transeuropäischen Netze sprengen“, so der CSU-Europaabgeordnete.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, E-Mail: stephan.mock@cducsu.de.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →